



---

## **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten**

19. Sitzung (öffentlich)

Donnerstag, 28. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.25 Uhr

Vorsitz: Oda-Gerlind Gawlik (SPD)

Stenografin: Beate Mennekes

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>1</b>
Begrüßung der Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Birgit Fischer	
<b>Zur Tagesordnung</b>	<b>2</b>
Der Ausschuss kommt überein,	
- den Tagesordnungspunkt "Planung eines Zuwanderungsmuseums in Nordrhein-Westfalen" auf die nächste Sitzung zu verschieben	
- den Punkt "Umsetzung des Bundeszuwanderungsgesetzes vor Ort ab voraussichtlich 1. Januar 2003" als Tagesordnungspunkt 1 und damit vor den Haushaltsberatungen zu behandeln	
- den Punkt "Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG)" zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen.	

**1 Bei Einbürgerung schriftliche Sprachtests auch in NRW einführen**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3117

3

- Bericht von MR Nagel (Innenministerium)
- Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

**2 Umsetzung des Bundeszuwanderungsgesetzes vor Ort ab voraussichtlich 1. Januar 2003**

10

- Bericht der Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Birgit Fischer
- Bericht von MR Münzer (Innenministerium)
- Diskussion

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfeverordnung - BVO)**

14

- Bericht der Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Birgit Fischer
- Diskussion und Abstimmung über Änderungsanträge und Gesamtabstimmung

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 1) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 2) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 3) wird zurückgezogen.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (s. Anlage, lfd. Nr. 4) wird bei deren Zustimmung gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 5) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 6) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 7) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 8) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt in der Gesamtabstimmung dem Einzelplan 15 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie - bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich - einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen - mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

**4 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz FlüAG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3202

19

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den federführenden Ausschuss.

\*\*\*\*\*



**4 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz FlüAG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3202

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den federführenden Ausschuss.

gez. Gawlik  
Vorsitzende

**Anlage**

jo/31.01.2003/05.02.2003

322



Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15  
im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten  
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 15060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</p> <p>Titelgruppe 61 Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>(Ansatz lt. HH 2002 1.951.500 Euro)</p> <p>von 1.891.700 € um 250.000 Euro auf 2.141.700 Euro</p> <p>Zugunsten der Projektförderung mit entsprechender Änderung von Ziffer 5 der Erläuterungen.</p> <p><b>Begründung:</b> Die Erhöhung ist notwendig zur Gewährleistung einer effektiven Projektförderung bei den Vertriebenenverbänden.</p>	<p>SPD CDU FDP GRÜNE</p> <p>(2. Ergänzung)</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15  
im Ausschuss für Migrationspolitik  
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2 <b>2</b>	FDP	<p>Kapitel 15 060 Titel 686 62</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuschüsse an freie Träger</p> <p>(Ansatz lt. HH 2002 204.500 €)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 25.000 Euro um 179.500 Euro auf 204.500 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 179.500 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden.</p> <p><b>Begründung:</b> Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	<p>- <i>Unterstützungen, Voraussetzungen...</i> SPD CDU FDP GRÜNE</p>

Anlage zu Vorlage 13/yy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2 3	CDU	<p>Kapitel 15060 Titelgruppe 63</p> <p>Antidiskriminierungsarbeit und Maßnahmen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung</p>	SPD CDU FDP GRÜNE
Nr. 4	<i>Siehe auch SPD/Grüne</i>	<p>Titel 633 63</p> <p>Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Ansatz lt. HH 2002 255.700 Euro</p>	
		<p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p>von 557.500 Euro um 250.000 Euro auf 307.500 Euro</p>	Euro
		<p><b>Begründung:</b> Die Finanzierung dieser Aufgabe soll künftig teilweise über die pauschale Zuweisung von Mitteln nach dem GFG erfolgen.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15  
im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
<p>4 s. auch Nr. 3 und Nr. 5</p>	<p>SPD/Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Kapitel 15 060, Landesmaßnahmen für Zuwanderer Titelgruppe 63, Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung ... Titel 633 63 - <u>Finanzierung für Landliche Kreise an Gemeinden und</u> (Ansatz TG 63 HH 2002 1022600)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 557 500 Euro um 57 500 Euro auf 615 000 Euro</p> <p>Die Mittel werden außerdem im Haushaltsplan 2003 in der gleichen Titelgruppe unter Titel 686 63 ausgewiesen. = <u>Verlagerung</u> nach Titel</p> <p><u>Begründung:</u> Aufgrund des zugenommenen Rechtsradikalismus, eines hervorbrechenden Antisemitismus aber auch der bis Mitte 2003 in nationales Recht umzusetzenden EU-Antidiskriminierungsrichtlinie sollten die Mittel nicht allein die vorhandenen Strukturen ausreichend sichern, sondern auch in gewissem Umfang Projektarbeit finanzieren. Dies wird durch die Erhöhung des Ansatzes ermöglicht.</p>	<p>Gemeindeverbände</p> <p>686 63 - <u>Finanzierung für Landliche Kreise an Gemeinden und</u> sonstige Projekte</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15  
im Ausschuss für Migrationspolitik  
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3 5	FDP  siehe auch Nr. 4 SPD/Grüne	<p>Kapitel 15 060 Titel 686 63</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuschüsse für laufende Zwecke an freie und sonstige Träger</p> <p>( Ansatz lt. HH 2002 1.022.600 €)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 0 Euro um 1.022.600 Euro auf 1.022.600 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 1.022.600 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden.</p> <p><b>Begründung:</b> Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	63 SPD CDU FDP GRÜNE

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15  
im Ausschuss für Migrationspolitik  
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4 6	FDP	<p>Kapitel 15 060 Titel 633 64</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuweisungen für laufende Zwecken Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>(Titelgruppe 64 (Ansatz lt. HH 2002 2.791.700))</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 2.382.600 Euro um 409.100 Euro auf 2.791.700 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 409.100 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden. <b>Begründung:</b> Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	<p>- Einplizierung aus Eduard der SPD CDU FDP GRÜNE</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15  
im Ausschuss für Migrationspolitik  
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4 7	FDP	<p>Kapitel 15 060 Titel 686 64</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuschüsse für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von um auf</p> <p>—6.624.100 Euro 1.876.600 Euro —8.497.700 Euro</p> <p>6.610.200 € ( 2. Ergänzung ) 8.486.800 €</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 1.876.600 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden. <b>Begründung:</b> Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	<p>— Eingliederung aus Ländern der SPD CDU FDP GRÜNE</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15  
im Ausschuss für Migrationspolitik  
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5 8	FDP	<p>Kapitel 15 060 Titel 686 65</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuschüsse zur sozialen Integration insbesondere von Spätaussiedlern und sonstigen Neuzuwanderern</p> <p>( Ansatz lt. HH 2002 1.457.200 € )</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 1.157.200 Euro um 300.000 Euro auf 1.457.200 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 300.000 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden.</p> <p><b>Begründung:</b> Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	<p>- Förderung von Neuzuwanderern ... für SPD Ein gliederung von Spät ein. CDU niederrhein... FDP GRÜNE</p>